

Weltgesundheitstag 2026

Gesundheit als globales öffentliches Gut verteidigen

Christoph Strupat, Srinivasa Srigiri und Paula von Haaren
German Institute of Development and Sustainability (IDOS)



Bonn, 7. April 2026. **In einer Zeit wachsender geopolitischer Fragmentierung wird sich zeigen, ob Regierungen globale Gesundheit als globales öffentliches Gut verteidigen oder sie geopolitischen Interessen unterordnen.**

Zum Weltgesundheitstag 2026 ruft die Weltgesundheitsorganisation (WHO) weltweit dazu auf: „Together for health. Stand with science.“ Für die WHO heißt das, nicht nur wissenschaftliche Evidenz zu respektieren, sondern auch Kooperation und Vertrauen zu sichern, die wirksames globales gesundheitspolitisches Handeln ermöglichen. Das ist die richtige Botschaft. In einer zunehmend fragmentierten geopolitischen Landschaft ist jedoch entscheidend, ob Regierungen noch bereit sind, Kooperation, Vertrauen und Institutionen zu verteidigen, auf die die globale Gesundheitsforschung angewiesen bleibt.



Globale Gesundheitsforschung kann Leben retten, Resilienz stärken und erhebliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Erträge schaffen. Doch diese Gewinne setzen voraus, dass Staaten Wissen teilen, Vertrauen aufbauen und Evidenz in kollektives Handeln übersetzen. Genau das wird schwieriger. Globale Gesundheit gerät zunehmend unter den Druck geopolitischer Rivalitäten und transaktionaler Formen der Zusammenarbeit. In einem solchen Umfeld droht Wissenschaft der Logik von Macht und Verhandlung untergeordnet zu werden: Datenaustausch wird an Bedingungen geknüpft, epidemiologische Überwachung politisiert und Forschungspartnerschaften werden asymmetrischer.

Der Austritt der Vereinigten Staaten aus der WHO und die jüngsten bilateralen Gesundheitsabkommen der Trump-Regierung zeigen, wie weit diese Entwicklung bereits reicht. Globale Gesundheit wird von einem Feld internationaler Solidarität zunehmend zu einem Instrument geopolitischer Einflussnahme. Die US-Regierung hat mit 14 afrikanischen Staaten transaktionale Gesundheitsabkommen geschlossen, die erhebliche Risiken für Souveränität, Datenhoheit und Versorgungssicherheit mit sich bringen. Gleichzeitig sind Partnerländer keineswegs ohne Handlungsmacht. Sambia widersetzte sich einem Vorschlag, Gesundheitsfinanzierung an den Zugang zu Kupfer und Kobalt zu knüpfen. In Kenia verzögerte die gerichtliche Überprüfung die Umsetzung eines Gesundheitsabkommens mit den Vereinigten Staaten. Solche *Deals* erschweren nicht nur die Zusammenarbeit zum Schutz globaler Gesundheit. Sie untergraben auch die multilaterale Grundlage für die Prävention und Bewältigung von Pandemien, antimikrobiellen Resistenzen und klimabedingten Gesundheitsrisiken.

„Jetzt entscheidet sich, ob globale Gesundheit als öffentliches Gut verteidigt oder geopolitischen Interessen untergeordnet wird“.

Diese Entwicklung hat direkte Folgen für die deutsche globale Gesundheitspolitik. Die Frage ist nicht mehr nur, ob Deutschland globale Gesundheit unterstützt. Entscheidend ist auch, die politischen und institutionellen Voraussetzungen zu schützen, unter denen Wissenschaft grenzüberschreitend wirken kann: Datenaustausch, verlässliche epidemiologische Überwachung, kooperative Forschung und Institutionen, die Evidenz in politisches Handeln übersetzen.

Der jüngste *Review* der deutschen Strategie zu globaler Gesundheit ist deshalb wichtig. Sie bekräftigt die Bedeu-

tung globaler Gesundheit und setzt bis 2030 stärkere Akzente bei Prävention, klimaresilienten Gesundheitssystemen, Pandemievorsorge und multilateraler Gesundheitsgovernance. Auch die neue BMZ-Strategie setzt stärker auf Reform der globalen Gesundheitsarchitektur, Arbeitsteilung mit anderen Gebern und multilaterale Ansätze. Im Grundsatz ist das richtig. Der eigentliche Test ist jedoch die Kohärenz: ob dem höheren Anspruch auch Umsetzung folgt. Drei Punkte sind dabei wichtig:

Erstens sollte Deutschland über seine traditionelle Geberrolle hinausdenken und einen stärker reformorientierten Ansatz verfolgen. Sein finanzielles und politisches Gewicht könnte nicht nur dazu dienen, bestehende globale Gesundheitsinstitutionen zu erhalten, sondern auch dazu, Organisationen wie *Gavi* und den *Global Fund* besser aufeinander abzustimmen und wirksamer aufzustellen. Dazu würde auch eine engere Zusammenarbeit im Sinne der Lusaka Agenda gehören, mit dem klaren Ziel, Fragmentierung für Partnerländer zu verringern.

Zweitens sollte Deutschland wissenschaftliche Erkenntnisse über die Wechselwirkungen zwischen Umwelt und menschlicher Gesundheit ernst nehmen und eine One-Health-Logik noch konsequenter in die Umsetzung integrieren. Dadurch ließen sich Prävention und Bewältigung systematischer mit Klima-, Wasser- und Umweltgesundheit verknüpfen. Andernfalls drohen breitere ökologische und soziale Ursachen gesundheitlicher Risiken – von Entwaldung und Biodiversitätsverlust über den Klimawandel bis hin zur intensiven Landwirtschaft – unzureichend berücksichtigt zu bleiben.

Drittens spricht vieles dafür, bilaterales Engagement neben multilateralen Ansätzen gerade in fragilen Kontexten zu erhalten, in denen lokale Verankerung, Flexibilität und politische Reaktionsfähigkeit oft entscheidend sind. Das ist nicht nur für eine wirksame Umsetzung wichtig, sondern auch für die vertrauensvollen Beziehungen, auf denen Datenaustausch und wissenschaftliche Zusammenarbeit häufig beruhen. So könnte Deutschland multilaterale Stärke mit lokaler Handlungsfähigkeit verbinden, wo multilaterale Institutionen allein oft nicht schnell genug reagieren können.

Der Weltgesundheitstag 2026 trägt damit eine klare politische Botschaft. Zur Wissenschaft zu stehen bedeutet mehr, als wissenschaftliche Evidenz anzuerkennen. Es bedeutet, das Vertrauen, die Fairness und die Institutionen zu verteidigen, die Wissenschaft in den Dienst des Gemeinwohls stellen. In einer Zeit wachsender geopolitischer Fragmentierung wird sich zeigen, ob Regierungen globale Gesundheit als globales öffentliches Gut verteidigen oder sie geopolitischen Interessen unterordnen.